

D1 Demokratie schützen und Beteiligung ermöglichen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.02.2024

Tagesordnungspunkt: 2.2. Anträge

Antragstext

2024 ist ein Jahr der Wahlen. Am 9. Juni wählen wir nicht nur unsere Vertreter*innen für das Europäische Parlament, sondern in neun Bundesländern auch auf kommunaler Ebene. Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst werden in vielerlei Hinsicht zu einer weiteren Bewährungsprobe für die Demokratie. Aufstehen und Einmischen für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft ist jedoch weit über die Wahltage hinaus notwendig.

Bei den Europawahlen im Juni drohen rechtsnationale politische Kräfte zu erstarken – in Zeiten, in denen wir ein vereintes Europa mehr denn je brauchen, um die Sicherheit des Kontinents zu garantieren sowie gemeinsam gegen die Klimakrise vorzugehen. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen droht die AfD stärkste Kraft zu werden. Eine Partei, die nachweislich tief in die rechtsextreme Szene vernetzt ist und in zwei dieser Bundesländer vom Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft wird. Klar ist: Bei den aktuellen Zahlen kann niemand im September ernsthaft überrascht sein, wenn die AfD als Gewinnerin aus den Wahlen hervorgeht. Deshalb müssen wir jetzt handeln!

Die Recherchen von Correctiv zu dem Geheimtreffen in Potsdam, bei dem unter anderem geplant wurde, Millionen Menschen aus Deutschland zu deportieren, haben nachdrücklich gezeigt, wie weit die Vernetzung der AfD in die rechtsextreme Szene fortgeschritten ist. Im Sinne einer wehrhaften Demokratie, die den Schutz der Grundrechte aller Menschen gewährleisten muss, muss das Gefahrenpotential und die Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei ernst genommen werden. Wir sprechen uns daher für die Prüfung eines Parteiverbots der AfD aus. Gleichzeitig ist aber auch klar: Ein solcher Prüfungsprozess wird lange dauern, daher müssen auch niedrigschwelligere rechtsstaatliche Mittel in Betracht gezogen werden. Dazu gehört z.B. ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative.

Rechtsstaatliche Wege können aber nicht die einzige Strategie gegen Rechts sein. Unsere Hauptaufgabe als Partei besteht darin, politisch dagegen zu halten. Wir wollen die Menschen im Wettbewerb der demokratischen Parteien mit unseren Ideen und Vorhaben überzeugen. Der Dissens zwischen demokratischen Parteien gehört zum demokratischen Prozess. Wir wollen eine faktenorientierte und sachliche Debatte führen, um zu verstehen, wo wir in Bremen, in Deutschland und in Europa den Bedürfnissen und Sorgen der Menschen noch besser gerecht werden können. Hierzu wollen wir noch stärker mit Menschen in Bremen sowie Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in den Austausch gehen. Denn auch wenn die AfD in Bremen aktuell weitgehend bedeutungslos ist und an der Bürgerschaftswahl 2023 nicht teilgenommen hat, sitzt mit Bündnis Deutschland trotzdem eine rechtspopulistische Partei in der Bremischen Bürgerschaft, die in ihrem Programm demokratische Grundsätze wie Gewaltenteilung infrage stellt.

41 Grüne Politik muss zum Ziel haben, das Leben von Menschen zu verbessern und das
42 Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken. Denn die aktuellen Krisen, die
43 gestiegenen Preise und die damit verbundene Verunsicherung vieler Menschen
44 bieten einen Nährboden für Spaltung, Konkurrenzdenken und damit auch rechtes,
45 rassistisches oder antisemitisches Gedankengut. Unsere Politik setzt auf
46 Zusammenhalt und Gemeinsamkeit, auf Absicherung in unsicheren Zeiten und auf
47 Befähigung von Menschen, sich politisch zu beteiligen. Dazu gehört es auch, für
48 mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, zum Beispiel durch das vom Bremer Senat
49 eingeforderte Klimageld, einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 14 Euro,
50 oder ein wirklich absicherndes Bürgergeld ohne Sanktionsdruck.

51 Unsere Partei ist immer offen für Debatten über den richtigen Weg hin zu mehr
52 Gerechtigkeit. Der Diskussion sind jedoch Grenzen gesetzt. Rassistische,
53 antisemitische, queer- und frauenfeindliche Äußerungen sowie das Zeigen
54 rechtsradikaler Symbole sind keine Meinungen. Um die Erinnerung an die
55 Verbrechen der NS-Diktatur und ihre Folgen wach zu halten, setzen wir uns für
56 eine erinnerungskulturelle Strategie für das Land Bremen ein. Wir haben sowohl
57 in den USA als auch bei unseren polnischen Nachbar*innen gesehen, dass sich die
58 Maßnahmen rechtsnationaler Regierungen immer zuerst gegen gesellschaftliche
59 Minderheiten und Frauen richten. Diesen Gruppen gilt stets unsere
60 uneingeschränkte Solidarität. Ebenso erteilen wir einer Stimmungsmache auf dem
61 Rücken gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligter Gruppen eine klare
62 Absage. Wir werden uns nicht an Scheindebatten beteiligen, die sich in
63 populistischer Weise z.B. auf Asylbewerber*innen, Alleinerziehende,
64 Migrantisierte und Arbeitssuchende konzentrieren.

65 Die Demonstrationen der letzten Wochen, bei denen hunderttausende Menschen auf
66 die Straße gegangen sind, haben gezeigt: Wir sind mehr! Die AfD vertritt
67 keineswegs - wie gerne behauptet - die schweigende Mehrheit der Gesellschaft.
68 Demonstrationen sind wichtige Instrumente der Demokratie, sie senden Signale an
69 die Politik und schaffen ein Gemeinschaftsgefühl, aus dem im besten Fall
70 nachhaltiges Engagement erwächst. Hier wollen wir als grüner Landesverband
71 unsere Mitglieder motivieren, selbst aktiv zu werden und sie in ihrer
72 politischen Arbeit unterstützen. Darüber hinaus werden wir im Vorfeld der
73 Europawahl in möglichst vielen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven aktiv
74 Wahlkampf machen und die drei Grünen Landesverbände in Ostdeutschland im Rahmen
75 unserer Möglichkeiten beim Wahlkampf unterstützen. Dabei wollen wir auch
76 Workshops zum Thema "Argumentieren gegen Rechts" anbieten".

77 Wählen ist die direkteste Form der demokratischen Mitbestimmung. Dennoch haben
78 bei der letzten Bürgerschaftswahl nur 56,9% der Wähler*innen von ihrem Wahlrecht
79 Gebrauch gemacht. Unser Ziel bleibt die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre,
80 um jungen Menschen eine Stimme zu geben und sie zu befähigen, ihr demokratisches
81 Recht so früh wie möglich wahrzunehmen. Außerdem muss Wählen barrierefreier
82 werden. Wahlinformationen müssen standardmäßig mehrsprachig zur Verfügung
83 stehen.

84 Um sich aktiv an politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen zu
85 können, bedarf es auch eines Verständnisses der eigenen Handlungsmöglichkeiten.
86 Hier kommt der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu. Politische
87 Bildung ermöglicht Beteiligung und stützt unsere Demokratie. Wir brauchen
88 Debattenräume - auch außerhalb der Schule - um Bürger*innen aller Altersgruppen
89 Diskussionen und Meinungsbildung sowie das selber aktiv werden zu ermöglichen.

90 Die Landeszentrale für politische Bildung, sowie politische Stiftungen und
91 Verbände sind hier wichtige Partnerinnen. Um viele junge Menschen zu erreichen,
92 das Demokratiebewusstsein zu stärken und eine bürger*innenrechtsbewusste Haltung
93 aufzubauen, wollen wir eine intensivere Zusammenarbeit der Landeszentrale für
94 politische Bildung mit Schulen, Jugendverbänden und Jugendfreizeitzentren
95 erreichen. Die außerschulische politische Bildung und Partizipation wollen wir
96 finanziell und strukturell stärken. Um die politische Weiterbildung auch im
97 Berufsleben zu stärken, wollen wir für Vortragsreihen, Kongresse und Tagungen,
98 die Anerkennung nach dem Bremischen Bildungszeitgesetz erleichtern. Eine
99 Verbesserung der allgemeinen Kenntnisse über die Möglichkeit der Inanspruchnahme
100 von Bildungsurlaub ist ebenfalls unabdingbar. Wir alle sind Multiplikator*innen
101 der demokratischen Gesellschaft und jetzt gefragt, unsere Demokratie zu
102 verteidigen.

103 Die Demokratie zu schützen, den bestehenden Bedrohungen entgegenzutreten und für
104 eine widerstandsfähige Gesellschaft zu streiten, heißt für uns als Bremer
105 Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen daher ganz konkret:

- 106 • Wir sprechen uns für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens aus.
- 107 • Wir schaffen konkrete Diskussions-Angebote in Bremen, um mit
108 Parteimitgliedern, Bündnispartner*innen und der breiteren Gesellschaft ins
109 Gespräch zu kommen und demokratische Netzwerke auf- und auszubauen
- 110 • Wir unterstützen weiterhin Demonstrationen, die sich gegen
111 Rechtsextremismus richten.
- 112 • Wir unterstützen und fördern die aktive politische Arbeit unserer
113 Mitglieder durch z.B. niedrigschwellige Gesprächsangebote oder das
114 Vielfalt-Mentoring-Programm.
- 115 • Wir wollen allen Menschen auch außerhalb der Schule gute historische und
116 politische Bildung ermöglichen, indem wir Projekte gezielt finanziell
117 fördern und die Anerkennung von Bildungszeiten erleichtern.
- 118 • Die deutschlandweite Zunahme rechter, rassistischer und antisemitisch
119 motivierter Gewalt zeigt: die im Koalitionsvertrag vereinbarte
120 erinnerungskulturelle Strategie für das Land Bremen muss höchste Priorität
121 haben. Die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur und das
122 Versprechen von „Nie Wieder!“ müssen wachgehalten werden.
- 123 • Wir machen gemeinsamen engagierten Europawahlkampf in Bremens und
124 Bremerhavens Stadtteilen.
- 125 • Wir werden die Grünen ostdeutschen Landesverbände im Rahmen unserer
126 Kapazitäten beim Wahlkampf unterstützen. Dazu koordinieren Landesvorstand
127 und Landesgeschäftsstelle den Kontakt in diese Landesverbände und
128 informieren über Termine für gemeinsame Wahlkampf-Ausflüge.

Unterstützer*innen

Elena Schiller (KV Bremerhaven); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser (LdW); Joachim Marx (KV Bremerhaven); Lukas Prinz (KV Bremen Links der Weser (LdW)